

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 7. Sitzung

Dienstag, 12. Dezember 2017, 17:00 Uhr, Aula der Schulanlage Alpenstrasse

Vorsitz: Simmler Dorothea, SP

Stimmzählende: Boss Pia, FDP
von Allmen Marcel, SVP

Weiter anwesend	FDP Beutler Georges Betschart Christoph Michel Paul Chevrolet André Schmidhauser Corinne	SVP Staehelin Bernhard Meyes Schürch Antonie Nyffeler Adrian Nyffeler Manuela Roth Andreas Bozic Marko Gebbs Roger	SP Rougy Dimitri Liechti Anja Simmler Florian Tschanz Heinz Romang Hans (ab Traktandum 43, Wahl 2. Vizeprä- sidium) Eymann Claudia	Grüne Weinekötter Bern- hard Hänggi Sandra Kupfer Fritz EVP Schütz Lorenz Amacher Sabrina EDU Balmer Ueli	Gemeinderat Graf Urs (ab Trak- tandum 45) Burkhard Hans- Rudolf Ritschard Philippe Stör Sabina Michel Peter (ab Traktandum 45) Boss Kaspar Christ Franz Jugendparlament Fuchs Nils
Abwesend	Daumüller Fredi Rico Edith			EVP Dummermuth Andreas	Jugendparlament Martinelli Valentina
Protokoll					Goetschi Philipp

Traktanden

42. Protokoll
43. Wahl des Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2018
44. Neuorganisation Eissportzentrum Bödeli, Rahmenkredit für Aktienzeichnung und jährliche Investitions- und Betriebsbeiträge
45. Kindertagesstätten, Erweiterung um 28 subventionierte Kindertagesstättenplätze, Verpflichtungskredit
46. Überbauungsordnung Nr. 22 Bleikimatte
47. Motion Betschart, Ausbau Verkehrserschliessung Oberland-Ost, Beantwortung
48. Motion Chevrolet, Änderung von Artikel 46 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats, Begründung
49. Postulat Rougy, Städtekoalition gegen Rassismus, Begründung
50. Orientierungen/Verschiedenes

42 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Protokoll

Das Protokoll der 6. Sitzung vom Dienstag, 17. Oktober 2017, wird stillschweigend genehmigt.

43 B3.01.2 Geschäftsführung, Geschäftsordnung, Konstituierung Grosser Gemeinderat
Wahl des Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2018

Wahl des Präsidiums

Ausgeteilte und eingelangte Wahlzettel:	26
Gültige Wahlzettel:	24
Absolutes Mehr:	13
Gewählt ist mit 24 Stimmen:	Betschart Christoph

Christoph Betschart dankt für das Vertrauen und nimmt die Wahl an.

Wahl des 1. Vizepräsidentiums

Ausgeteilte und eingelangte Wahlzettel:	26
Gültige Wahlzettel:	25
Absolutes Mehr:	13
Gewählt ist mit 25 Stimmen:	Meyes Schürch Antonie

Antonie Meyes Schürch dankt ebenfalls für das Vertrauen.

Wahl des 2. Vizepräsidentiums

Ausgeteilte und eingelangte Wahlzettel:	27
Gültige Wahlzettel:	21
Absolutes Mehr:	11
Gewählt ist mit 21 Stimmen:	Rougy Dimitri

Dimitri Rougy freut sich über das Vertrauen und nimmt die Wahl an.

Wahl der Stimmzählenden

Ausgeteilte und eingelangte Wahlzettel:	27
Gültige Stimmen:	45
Absolutes Mehr:	12
Gewählt sind mit 25 Stimmen:	Liechi Anja
und mit 20 Stimmen:	Gebbs Roger

Zusammensetzung des Büros für das Jahr 2018

Präsident:	Christoph Betschart, FDP
1. Vizepräsidentin:	Antonie Meyes Schürch, SVP
2. Vizepräsident:	Dimitri Rougy, SP
Stimmzählerin:	Anja Liechi, SP
Stimmzähler:	Roger Gebbs, SVP

44 T1.09.2 Einzelne Anlagen und Bereiche (Touristisches Sport- und Freizeitangebot)
Neuorganisation Eissportzentrum Bödéli, Rahmenkredit für Aktienzeichnung und jährliche Investitions- und Betriebsbeiträge

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen zum Geschäft.

Gemeinderat Philippe Ritschard hält fest, dass das Eissportzentrum Bödéli heute die Rechtsform einer Genossenschaft habe. Die Gemeinden hätten bereits in der Vergangenheit Beiträge an den Betrieb

ausrichten müssen. Nun stünden grössere Investitionen an, damit der Betrieb aufrechterhalten bleiben könne. Da die Gemeinden das Eissportzentrum finanziell unterstützen, sollten sie Eigentümerinnen der Trägerschaft sein. Eine Arbeitsgruppe habe verschiedene Modelle diskutiert und eine neue Trägerschaft in Form einer Aktiengesellschaft entwickelt, die nun umgesetzt werden soll. Das Eissportzentrum könne wie auch das Freiluft- und Hallenbad Bödli nicht eigenwirtschaftlich betrieben werden. Es sei auf namhafte Beiträge der Gemeinden angewiesen. Einmalige Investitionsbeiträge würden den mittel- bis längerfristigen Bestand des Eissportzentrums nicht sichern. Es gelte auch die Aufwendungen für den Betrieb und für die Werterhaltung zu finanzieren. Nur dann sei dem Zentrum ein nachhaltiger Bestand beschieden. Die Beiträge der Gemeinden würden nur einen Teil der laufenden Betriebskosten decken. Den ungedeckten Teil müsse das Unternehmen selber durch Entgelte erwirtschaften. Die bisherigen Darlehen der Gemeinden an das Eissportzentrum und der von der Gemeinde Interlaken mit Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 8. Dezember 2015 gewährte Investitionsbeitrag würden mit der Beteiligung der Gemeinden am Aktienkapital verrechnet. Im neuen Trägerschaftsmodell würde sichergestellt, dass die Gemeinden über mehr als 2/3 des Aktienkapitals verfügen würden. Die beteiligten Gemeinden bildeten eine einfache Gesellschaft, welche die Aktiengesellschaft steuere. Die einfache Gesellschaft erlasse eine Eigentümerstrategie und schliesse mit der Aktiengesellschaft im Rahmen dieser Strategie eine Leistungsvereinbarung ab. Der Gemeinderat werde bei Zustimmung durch den Grossen Gemeinderat der einfachen Gesellschaft beitreten und im Rahmen dieser Gesellschaft die Eigentümerstrategie des Eissportzentrums Bödli festlegen und eine Leistungsvereinbarung abschliessen. Die Neuorganisation komme zustande, wenn die Gemeinden Interlaken, Matten bei Interlaken und Unterseen und drei weitere bisher an der Genossenschaft beteiligte Gemeinden zustimmen würden. Mit einer Zustimmung der Gemeinde Interlaken würde das nötige Quorum erreicht und die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft könne durchgeführt werden. Für die Gemeinde Interlaken sei eine Beteiligung am Aktienkapital mit 265'000 Franken und jährlich wiederkehrender Beiträge an den Betrieb von 25'500 Franken und an die Infrastruktur von 45'800 Franken vorgesehen.

Das Eintreten ist unbestritten.

Sabrina Amacher unterstützt das Eissportzentrum für die EVP/EDU. Es biete sich die Chance, die Halle besser zu nutzen, insbesondere im Sommer.

Manuela Nyffeler dankt für die umfangreichen zusätzlichen Informationen und die Präsentation vor einer Woche für die Parlamentsmitglieder. Der Entwurf der Eigentümerstrategie lasse reduzierte Tarife für Gemeinden zu. Sei das auch auf einzelne Einwohnerinnen und Einwohner anwendbar?

Gemeinderat Philippe Ritschard antwortet, der Verwaltungsrat werde das komplizierte System der Eintrittspreise vereinfachen. Günstigere Preise für Einwohnerinnen und Einwohner der Trägergemeinden seien denkbar.

Corinne Schmidhauser begrüsst die Rechtsformänderung für die FDP. Der Verwaltungsrat erhalte mehr unternehmerische Verantwortung. Es wäre der falsche Zeitpunkt, die Vorlage jetzt nicht zu unterstützen. Die Chance für eine Änderung müsse genutzt werden. In sieben bis zehn Jahren könne dann das Ergebnis überprüft werden.

Florian Simmler schliesst sich für die SP/Grünen den vorangehenden Voten an und unterstützt das Vorhaben ebenfalls. Die finanzielle Beteiligung am Eissportzentrum bedeute auch eine Unterstützung für verschiedene Vereine. Es gebe auch andere Vereine wie die Skater, die auch auf die Unterstützung durch die Gemeinden angewiesen seien.

Beschluss:

1. Für die Neuorganisation des Eissportzentrums Bödli wird ein Rahmenkredit von CHF 978'000.00 bewilligt.
2. Der Rahmenkredit wird aufgeteilt in
 - a) einen Objektkredit von CHF 265'000.00 für den Erwerb von Aktien der neuen Aktiengesellschaft

- schaft und
- b) einen Objektkredit von CHF 713'000.00 für wiederkehrende Betriebs- und Infrastrukturbeiträge, der in jährlichen Tranchen von CHF 71'300.00 ab 2018 ins Budget der Erfolgsrechnung einzustellen ist.
3. Die Urnenabstimmungsbeschlüsse vom 2. Juli 1978 und vom 4. Dezember 1985 betreffend jährlich wiederkehrender Betriebsbeiträge an das Eissportzentrum Bödeli werden aufgehoben.
 4. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum.

(einstimmig)

45 F5.02.3 Kindertagesstätten

Kindertagesstätten, Erweiterung um 28 subventionierte Kindertagesstättenplätze, Verpflichtungskredit

Da sich Ratspräsidentin Dorothea Simmler und der 1. Vizepräsident Christoph Betschart an der Diskussion beteiligen möchten, übernimmt die 2. Vizepräsidentin Antonie Meyes Schürch die Sitzungsleitung für dieses Traktandum.

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt die Vorlage.

Vizegemeindepäsident Hans-Rudolf Burkhard hält fest, dass auf dem Bödeli neben verschiedenen nicht subventionierten Kindertagesstättenplätzen seit 2014 auch 28 vom Kanton und den Gemeinden subventionierte Kindertagesstättenplätze bestehen würden, davon 22 Plätze in der Kindertagesstätte Kunterbunt und sechs in der Kindertagesstätte Alpenstrasse. Es bestehe bei beiden Institutionen eine lange Warteliste. Der Verein Kindertagesstätte Kunterbunt möchte vom Kanton weitere 22 Kindertagesstättenplätze subventioniert erhalten und die Kita Alpenstrasse 6 Plätze. Eine Subventionierung bedeutet, dass 80 Prozent der anrechenbaren Kosten dem Lastenausgleich zugeführt werden könnten und die Gemeinden die restlichen 20 Prozent tragen würden. Der Kanton beabsichtigt auf das Jahr 2020 einen Wechsel des Finanzierungssystems hin zu einkommensabhängigen Betreuungsgutscheinen. Wegen dieses Systemwechsels werde für die neuen Plätze nur ein auf drei Jahre befristeter Kredit beantragt, der je nach Zeitpunkt des Inkrafttretens der Neuregelung aber nicht ausgeschöpft werde. Bei Vollauslastung der 28 Plätze ergäben sich Kosten von 730'000 Franken pro Jahr oder abzüglich der Elternbeiträge von rund 530'000 Franken pro Jahr. Diese Kosten abzüglich eines Selbstbehalts der Gemeinde von 20 Prozent oder 106'000 Franken könnten jährlich in den Lastenausgleich eingegeben werden. Verbucht würden die neuen Kosten über die bestehenden Konti zu den Kindertagesstätten Kunterbunt und Alpenstrasse sowie zum Lastenausgleich. Aufgrund der vorgesehenen Neuordnung des Finanzierungssystems der Kindertagesstätten werde die künftige Mitfinanzierung durch die Gemeinde in den nächsten zwei Jahren neu aufgegleist und beschlossen werden müssen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Dorothea Simmler unterstützt auch als Präsidentin des Frauenvereins die Vorlage. Für SP/Grüne sei unbestritten, dass die Zahl der Kindertagesstättenplätze erhöht werden müsse. Die Wartelisten seien lang. In der Kita Alpenstrasse seien die nicht subventionierte Plätze nicht ganz voll ausgelastet, was auf die Bevölkerungsstruktur in Interlaken zurückzuführen sei. Nicht alle Familien hätten genug Geld, um die Kosten nicht subventionierter Plätze tragen zu können. Kindertagesstätten seien wichtig, damit auch Frauen mehr als nur einer minimalen beruflichen Tätigkeit nachgehen könnten. Mehr Kitaplätze würden eine Gemeinde auch für Neuzuzüger mit höherem steuerbaren Einkommen attraktiver machen. Es sei an der Gemeinde, gute Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen.

Lorenz Schütz möchte wissen, ab welchem Einkommen ein Anspruch auf einen subventionierten Kin-

dertagesstättenplatz bestehe.

Vizegemeindepräsident Hans-Rudolf Burkhard antwortet, die Frage sei nicht ab, sondern bis zu welchem Betrag. Eine Subvention gebe es bei einem steuerbaren Einkommen unter 160'000 Franken, wenn das Elternpaar zusammen mindestens 120 Stellenprozente arbeite. Die Elternbeiträge würden in Interlaken im Durchschnitt 28 Prozent der Kosten ausmachen. Das Familieneinkommen sei in Interlaken so, dass der grösste Teil der Eltern Anspruch auf Subventionen hätte.

Christoph Betschart sah die FDP vom Geschäft gefordert. Der Antrag sei zu wenig ausführlich dokumentiert und begründet gewesen. Die FDP stimme Kindertagesstättenplätzen grundsätzlich zu. Diese seien nicht mehr wegzudenken. Über die finanzielle Beteiligung der Eltern könne diskutiert werden. Betreuungsgutschriften seien der richtige Weg. Wo würden die neuen Plätze geschaffen auf welchen Zeitpunkt? Gebe es zusätzliche Kosten für Umbauten oder anderes und was geschehe, wenn die Erweiterungen nicht rechtzeitig bereitstehen würden?

Vizegemeindepräsident Hans-Rudolf Burkhard erklärt, neue Infrastrukturkosten seien nicht Sache der Gemeinden, sondern der Betreiber der Kindertagesstätten. Für die Gemeinde gebe es damit keine zusätzlichen Kosten. Wo die Plätze realisiert würden, sei im Moment noch offen. Eine Möglichkeit gebe es in Matten an der Gemeindegrenze zu Interlaken, wo 22 Plätze vorgesehen würden, die aber erst 2021 bereitstehen könnten. Die andern sechs Plätze würden für die Umwandlung der nicht subventionierten Plätze an der Alpenstrasse gebraucht. Wenn die gesprochenen Gelder bis zur Einführung der Betreuungsgutschriften nicht verwendet seien, würden sie nicht mehr ausgegeben. Es sei nicht ausgeschlossen, dass nur ein kleiner Teil des beantragten Kredits benötigt werde. Gelingt es nicht, das Gesuch im Februar 2018 beim Kanton einzureichen, werde überhaupt nichts vom Kredit benötigt. Die Region Interlaken sei bezüglich Kitaplätzen unterdotiert, insbesondere wegen des hohen Ausländeranteils von über 31 Prozent in Interlaken. Viele ausländische Eltern seien darauf angewiesen, dass beide Elternteile arbeiten könnten, und das sei nur möglich, wenn es Tagesangebote für die Kinder gebe. Bei den Schulkindern ab Kindergarten liege der Ausländeranteil sogar bei 46 Prozent. Die grosse portugiesische Kolonie besetze jedoch nur einen bescheidenen Anteil an Kitaplätzen, weil es offenbar gelinge, eine private Betreuung sicherzustellen.

Manuela Nyffeler verweist auf das bekannte Problem der langen Warteliste. Es brauche mehr subventionierte Plätze. Die Politik müsse vorangehen. Die SVP unterstütze die Gesuchseinreichung. Es sei nicht mehr möglich, dass alle Kinder in den Familien selber betreut würden. Spannend werde es mit dem Wechsel auf die Betreuungsgutscheine. Auch in der Bundespolitik müsste etwas gehe. Sie danke allen Mitarbeitenden in den Kindertagesstätten in der Region für ihren Einsatz.

Lorenz Schütz unterstützt das Geschäft für die EVP/EDU. Von verschiedener Seite werde der Bedarf bejaht. Er möchte wissen, ob die Gemeinde die Zahl der der Kitaplätze beeinflussen könne.

Vizegemeindepräsident Hans-Rudolf Burkhard bejaht dies für die Zukunft mit Hinweis auf die Betreuungsgutschriften. Die Gemeinde könnten definieren, ob und wie viele Plätze sie subventionieren möchten. Je höher die Zahl liege, umso mehr Anreiz gebe es, Kindertagesstättenplätze anzubieten.

Dimitri Rougy erachtet es für eine Gemeinde nicht als freiwillig, ob sie Plätze anbieten wolle. Das sei heute eine Pflicht für die Gemeinden. Bei dieser Vorlage sei es ohne Bedeutung, ob ein schweizerisches oder ein ausländisches Kind betroffen sei.

Dorothea Simmler bitte den Kredit für die Aufstockung der Plätze wie auch deren Umsetzung zu unterstützen.

Beschluss:

1. Für 28 weitere subventionierte Kindertagesstättenplätze der Kindertagesstätten Kunterbunt und Alpenstrasse, die der kantonalen Lastenverteilung mit einem Selbstbehalt der Gemeinde von zwanzig Prozent zugeführt werden können, wird ein auf maximal drei Jahre befristeter Verpflichtung

tungskredit von CHF 1'600'000.00 bewilligt.

2. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum.

(24:2 Stimmen)

Ratspräsidentin Dorothea Simmler übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

46 B1.8.2.22 Überbauungsordnung Nr. 22 Bleikimatte

Überbauungsordnung Nr. 22 Bleikimatte

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt die Vorlage stillschweigend.

Gemeinderätin Sabina Stör ergänzt die ausführlichen, schriftlich abgegebenen Unterlagen mündlich.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Adrian Nyffeler unterstützt die Überbauungsordnung für die SVP und freut sich an der kommenden Überbauung. Es sei gut, dass die öffentlichen Parkplätze der Gemeinde erhalten blieben.

André Chevrolet stimmt der Vorlage für die FDP zu. Die Verdichtung in diesem Bereich sei richtig.

Bernhard Weinekötter stimmt den Vorrednern zu, womit auch die SP/Grünen die Planung unterstützen würden. Positiv sei, dass mehrheitlich Mietwohnungen vorgesehen seien.

Beschluss:

5. Die Überbauungsordnung Nr. 22 Bleikimatte mit Zonenplan- und Baulinienplanänderung wird beschlossen.
6. Dem Amt für Gemeinden und Raumordnung wird beantragt, die Einsprache der Stockwerkeigentümer Harderstrasse 9 als öffentlichrechtlich unbegründet abzuweisen.
7. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum.

(26:0 Stimmen)

47 B1.7.3 Regionaler Gesamtplan und Teilrichtpläne

Motion Betschart, Ausbau Verkehrserschliessung Oberland-Ost, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Der Gemeinderat führt schriftlich aus, dass sich die Gemeindeorgane, aber auch einzelne Gemeinderatsmitglieder, bei den sich bietenden Gelegenheiten im Sinne der Motion einsetzen würden, beispielsweise im Grossen Rat oder in den Gremien der Geschäftsleitung der Regionalkonferenz Oberland-Ost. Dank dieses Engagements und der mit verschiedenen andern Regionsgemeinden geschlossenen Allianz habe die künftige Verlagerung des Regionalverkehrs zwischen Spiez und Interlaken Ost auf die Strasse erreicht werden können, was Platz bieten werde für einen integralen Halbstundentakt zwischen Interlaken Ost und Bern. Schweizweit sei die Verkehrssituation in der Region Interlaken unproblematisch, weshalb die Prioritäten bei der Verteilung von Geldern andernorts lägen. Die Motion sei erfüllt und könne abgeschrieben werden.

Christoph Betschart nimmt die Antwort des Gemeinderats zur Kenntnis, insbesondere auch, dass sich der Gemeinderat für den integralen Halbstundentakt einsetze. Er sehe seine Motion aber längerfristig. Er höre immer wieder, dass die Region Interlaken gar kein Erschliessungsproblem habe, was er bestreite. Die Politik habe die Aufgabe in die Zukunft zu schauen und die Weichen frühzeitig zu stellen. Der Pendlerverkehr werde weiter zunehmen. Eine gut erschlossene Randregion werde in Zukunft als Wohnregion attraktiv sein. Es dürfe nicht gewartet werden, bis die Probleme über den Kopf wachsen würden. Es müsse heute begonnen werden für die Zukunft zu planen. Interlaken dürfe keine Minderwertigkeitskomplexe haben, sondern aktiv etwas fordern. Es brauche Kampfgeist. Auf einem Plan der rentablen SBB-Fernverkehrsverbindungen, den er präsentiert, seien alle Strecken doppelspurig, nur nicht der Lötschberg-Basistunnel und die ebenfalls rentable Strecke Spiez-Interlaken Ost. Es gelte weiter für eine gute Verkehrsanbindung zu kämpfen. In den strategischen Legislaturzielen des Gemeinderats fehle der Ausbau der Erschliessung. Wo sollte das Anliegen seiner Motion verankert werden, damit ihr nachgelebt werde?

Gemeindepräsident Urs Graf hält fest, über die Verkehrserschliessung des Berner Oberlands könne gestritten werden. Der Individualverkehr werde sich massiv verändern. Selbstfahrende Fahrzeuge seien die Zukunft. Er bezweifle, dass das Verkehrssystem in der Region in einigen Jahren kollabieren könnte. Die Probleme lägen effektiv nicht in der Region Oberland-Ost. Die Politik müsse realistisch bleiben und um das Mögliche kämpfen, nicht um das Unmögliche. Mit dem Doppelspurausbau im Raum Leissigen sei das Anliegen Doppelspur Spiez-Interlaken faktisch erfüllt. Der Gemeinderat werde noch einmal prüfen, ob die strategischen Ziele angepasst werden sollten.

Beschluss:

Die Motion Betschart, Ausbau Verkehrserschliessung Oberland-Ost, wird mit 14:5 Stimmen abgeschrieben.

48 B3.C Vorschriften, Gesetze, Verordnungen (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Motion Chevrolet, Änderung von Artikel 46 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats, Begründung

André Chevrolet erinnert an die Abstimmungen zur Verkehrsinitiative im vergangenen August. Verschiedene Parlamentsmitglieder hätten nicht mehr gewusst, wie über was abgestimmt worden sei. Die technischen Mittel seien vorhanden, um die Anträge optisch darzustellen. Bei komplizierten Abstimmungen sei das sinnvoll.

49 F5.04.06 Integration (Sozialpolitik)

Postulat Rougy, Städtekoalition gegen Rassismus, Begründung

Dimitri Rougy hält fest, vor 14 Jahren habe die UNESCO die Internationale Koalition der Städte gegen Rassismus (ECCAR) gegründet, ein Netzwerk von Städten und Gemeinden, die sich gemeinsam für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen würden. Interlaken sei ein Ort, an dem Menschen miteinander leben und arbeiten würden, die aus den unterschiedlichsten Gründen nach Interlaken gefunden hätten. Die Region Interlaken hätte eine Geschichte von fremdenfeindlichen Organisationen und Übergriffen. Er sehe Handlungsbedarf und sehe es als Pflicht für einen Ort wie Interlaken, ein klares Bekenntnis gegen Rassismus abzulegen. Ein Leben in einer demokratischen Gesellschaft könne nur ein Leben ohne Diskriminierung und Rassismus sein, sonst seien die Lehren aus der Vergangenheit nicht gezogen worden. Mit der Gruppe Brücken und anderen Institutionen sei die Gemeinde bereits gegen Rassismus aktiv. Es genüge nicht, Einzelfälle zu besprechen. Vielmehr müsse sich eine Gemeinde gezielt aktiv gegen Diskriminierung und Gewalt aussprechen. Die Mitglieder der Koalition würden sich gezielt in den Bereichen Sensibili-

sierung, Integration und Partizipation einsetzen. Mit einer ECCAR-Mitgliedschaft bekenne sich Interlaken zu einem 10-Punkte-Aktionsplan und profitiere von einem Netzwerk und von Erfahrungen aus grossen und kleinen europäischen Städten. Er bitte den Gemeinderat, der Koalition beizutreten und sich mit den angrenzenden Gemeinden gegen Rassismus und Diskriminierung einzusetzen.

50 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Orientierungen/Verschiedenes

Kenntnisnahme einer Abrechnung

P3.05.1/G-Nr. 4633

Ersatz Geschwindigkeitsmesssystem (Gemeinderatssitzung vom 25. Oktober 2017)

Vom Grossen Gemeinderat am 16. August 2016 bewilligt	CHF	182'000.00
Vom Gemeinderat am 26. April 2017 bewilligt	CHF	<u>17'800.00</u>
Total bewilligt	CHF	199'800.00
Ausgegeben und abgerechnet (Konto 1120.5060.01)	CHF	196'820.20
Kreditunterschreitung	CHF	2'979.80
Die Gemeinden Matten bei Interlaken und Unterseen beteiligen sich mit CHF 30'664.30 (Konto 1120.6320.01).		

L3.04.3/G-Nr. 3441

Neubau WC-Anlage Strandbadstrasse (Gemeinderatssitzung vom 8. November 2017)

Vom Gemeinderat am 6. Oktober 2014 bewilligt	CHF	30'000.00
Vom Grossen Gemeinderat am 30. Juni 2015 bewilligt	CHF	<u>835'000.00</u>
Total bewilligt	CHF	865'000.00
Ausgegeben und abgerechnet (Konto 780.503.06/7791.5040.03)	CHF	812'537.90
Kreditunterschreitung	CHF	52'462.10

Beantwortung einer einfachen Anfrage

B3.02.1/G-Nr. 9573

Anfrage Nyffeler Manuela, strategische Ziele 2017 bis 2020, Beantwortung (Gemeinderatssitzung vom 25. Oktober 2017)

Die Anfrage von Manuela Nyffeler vom 17. Oktober 2017 wird wie folgt schriftlich beantwortet: „Der Gemeinderat hat am 25. Oktober 2017 beschlossen, das interne Arbeitspapier vom 31. Mai 2017 zu den strategischen Zielen 2017 bis 2020 des Gemeinderats für die Öffentlichkeit freizugeben. Das Arbeitspapier ist seit dem 26. Oktober 2017 unter www.interlaken-gemeinde.ch/politik/gemeinderat/legislaturziele abrufbar. Die Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind gleichentags darüber informiert worden.“

Wortmeldungen aus dem Gemeinderat

- *Gemeinderat Kaspar Boss*: 40 Dienstjahre von Werkhofmitarbeiter Bruno Stegmann.
- *Gemeinderat Peter Michel*: Randständigenszene Interlaken Ost, die im November 2017 bis auf Weiteres geräumt werden musste, weil Auflagen nicht eingehalten worden seien.

Neue parlamentarische Vorstösse

Anfrage Fuchs, Informatik und Digitalisierung im Lehrplan 21

Nils Fuchs ist der Meinung, dass die Digitalisierung das Leben massiv verändern werde. Die Jugendlichen brauchten deshalb einen Rucksack voller IT-Skills, um sich im Berufsleben integrieren zu können. Der Lehrplan 21 nehme die Thematik nur teilweise auf. Die angestrebten Ziele im Lehrplan 21

seien tief. Ab der 5. Klasse sei eine einzige Lektion Medien und Informatik pro Woche vorgesehen, in der 8. Klasse gar keine. Er möchte wissen, ob eine Strategie vorliege, wie die Ziele im Fach Medien und Informatik des Lehrplans 21 zu erreichen seien? Seien die Lehrpersonen genügend ausgebildet, um auch Schülerinnen und Schülern zu helfen, die bereits über viele Vorkenntnissen verfügen würden wie zum Beispiel Kenntnis einer Programmiersprache? Sei die Gemeinde Interlaken bereit eine Vorreiterrolle zu übernehmen und das Fach Informatik laufend und über den Lehrplan hinaus auszubauen?

Anfrage Weinekötter, ärztliche Grundversorgung

Bernhard Weinekötter erkundigt sich zur ärztlichen Grundversorgung auf dem Bödeli, ob es einen konkreten Aktionsplan gebe.

Gemeindepräsident Urs Graf bestätigt, dass es Gespräche mit dem Spital gebe und im Raum Westbahnhof eine Gemeinschaftspraxis vorgesehen sei. Die ärztliche Grundversorgung der Bevölkerung sei ein grosses Anliegen des Gemeinderats.

Wortmeldungen aus dem Rat

Andreas Roth dankt allen, insbesondere dem Gemeindepräsidenten, die sich im Grossen Rat dafür eingesetzt hätten, dass die Grundbuchämter nicht zentralisiert würden.

Verabschiedungen

Ratspräsidentin Dorothea Simmler verabschiedet die nach über zehn Jahren aus dem Rat austretenden Bernhard Staehelin und Bernhard Weinekötter mit einem Geschenk und in absentia den nach einem Jahr zurücktretenden Fredi Daumüller.

Bernhard Staehelin erinnert an verschiedene Projekte, die er in seiner Parlamentszeit vorantreiben durfte, insbesondere die Schlachthanlage Bödeli oder den Energierichtplan Bödeli und in neuerer Zeit den Schuldenabbau. Er wünscht den verbleibenden Ratsmitgliedern alles Gute für die Zukunft und dankt speziell dem Ratssekretär für dessen fundierte Unterstützung im Hintergrund.

Bernhard Weinekötter dankt für die Zeit im Rat, verzichte aber auf eine Abschiedsrede.

Der 1. *Vizepräsident Christoph Betschart* verabschiedet die abtretende Ratspräsidentin Dorothea Simmler mit einem Blumenstraus und einem Präsent.

Schlussvotum der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Dorothea Simmler widmet ihr Schlussvotum als GGR-Präsidentin nochmals dem Thema Freiwilligenarbeit, die sie ein Leben lang begleiten werde. In einem kürzlich erschienenen Zeitungsinterview gebe der Schriftsteller Pedro Lenz im Zusammenhang mit der „No Billag-Initiative“ zu bedenken: „Die Leute wissen nicht mehr, was ein Gemeinwesen ist“. Ein anderer Zweig der Gemeinnützigkeit hätte diesen Sommer am Unspunnenfest und am Jungfrau-Marathon einmal mehr eindrücklich erlebt werden können. Lustig sei, dass man immer wieder auf dieselben Menschen treffe, die sich engagieren würden. Der gemeinnützige Gedanke schein für viele Helferinnen und Helfer eine persönliche Haltung zu sein. Die Tatsache, dass kein direkter, persönlicher Nutzen aus der erbrachten Leistung generiert werde, sei für diese Personen eine Selbstverständlichkeit. Es wäre super, wenn alle Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen kleinen Beitrag an die Gesellschaft leisten würden. So gäbe es keinen Mangel mehr an Trainern in den Sportclubs. Die betagten Bürgerinnen und Bürger wären sozial umsorgt und könnten länger zu Hause wohnen. Und in diesem Zusammenhang würde die Gesellschaft erkennen, dass pflegende Angehörige unbedingt entsprechende Entlastung brauchten. Denn ihr 24-Stunden-Einsatz gehe weit über ein ehrenamtliches Engagement hinaus und müsse mindestens teilweise honoriert werden. Das Gemeinwesen biete viele Möglichkeiten sich kostenlos zu engagieren. Wie das letzte Beispiel zeige, habe es aber auch ganz

klar Grenzen, die es als Gesellschaft zu erkennen gelte. Ihren Ratskolleginnen und Ratskollegen danke sie für ihr uneigennütziges Engagement für die Bürgerinnen und Bürger von Interlaken. Ein weiterer Dank gehe an Ratssekretär Philipp Goetschi für das Vorbereiten der unverzichtbaren, grandiosen Sitzungsunterlagen zugunsten des Ratspräsidiums. Dem neuen GGR-Präsidenten Christoph Betschart wünsche sie an dieser Stelle viel Freude im GGR-Jahr 2018.

Schluss der Sitzung: 19:45 Uhr

Die Präsidentin

Der Protokollführer

Die Stimmzählenden

Statistik

	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Anzahl Sitzungen	7	7	6	5	7	6
Anzahl Traktanden	50	55	57	40	45	46
Sitzungsdauer	15 h 55'	12 h 55'	15 h 30'	12 h 50'	14 h	13 h 35'
Sitzungsdauer pro Sitzung	2 h 16'	1 h 51'	2 h 35'	2 h 34'	2 h	2 h 16'
Sitzungsdauer pro Traktandum	19' 06"	14' 25"	16' 19"	19' 15"	18' 40"	17' 43"
Präsenz Ratsmitglieder ¹	90 %	91 %	91 %	95 %	92 %	95 %
FDP	88 %	88 %	94 %	100 %	90 %	97 %
SVP	95 %	97 %	96 %	91 %	89 %	96 %
SP	86 %	87 %	78 %	98 %	94 %	93 %
Grüne	95 %	95 %	100 %	93 %	95 %	94 %
EVP	90 %					
EDU	100 %					
<i>EDU&EVP (2012 bis 2016)</i>		90 %	100 %	87 %	100 %	94 %
Delegation Jugendparlament ²	71 %	93 %	100 %			

¹ ohne Delegation Jugendparlament

² 2015 nur Dezembersitzung (erst ab Dezember 2015 wieder im Rat vertreten)